

In kürzester Zeit über 100.000 Euro gespendet

Die Hilfsaktion unseres Verlages für die Ukraine hat ein riesiges Echo ausgelöst.

Von Ulrich Breulmann

Dortmund. Die Csilla-von-Boeselager-Stiftung Osteuropahilfe e.V. betreut seit mehr als 20 Jahren in drei Städten der Ukraine Hilfsprojekte. Die Stiftung hat verlässliche Partner vor Ort, die helfen, wo die Not am größten ist. Mit ihr als Kooperationspartnerin hat unser Verlag eine Hilfsaktion für die Ukraine gestartet.

Dr. Raphael von Hoensbroech, Intendant und Geschäftsführer des Konzerthauses Dortmund, ist Vorsitzender der Stiftung. Er zeigt sich überwältigt von der Hilfsbereitschaft: „Bis Freitagmittag haben 613 Spender exakt 106.150 Euro gespendet. Das ist einfach fantastisch“, sagt er.

Er ist überzeugt, dass das erst der Anfang ist. „In der Spendenbereitschaft gibt es

Hinweis für Spender

■ **Bei Geldzuwendungen bis einschließlich 300 Euro** erkennt Ihr Finanzamt als gültigen Spendennachweis den Kontoauszug an. Eine Spendenquittung braucht es bis zu diesem Betrag nicht.

■ **Bei einer Spende über 300 Euro** bitte für die Spendenquittung Ihre Adresse angeben.

sich im nächsten Schritt kümmern. Noch seien Lebensmittel dort zu kaufen.

Es habe sich auch, so erzählt der Chef der Stiftung, eine Firma gemeldet, die ein großes Zelt, wie man es von Schützenfesten kenne, zur Verfügung stellen wolle. Man überlege, es als Lager in Satu Mare, einer Stadt in



Rumänien nahe der Grenze zur Ukraine, aufzubauen. Dort betreibt die Stiftung seit 25 Jahren ein Hilfsprojekt.

Die Lage in den drei Städten, in denen die Boeselager-Stiftung in der Ukraine seit Jahren Hilfe leistet, sei sehr unterschiedlich, sagt von Hoensbroech. Extrem schwierig sei es in Saporischschja, wo in der Nacht das größte Atomkraftwerk Europas beschossen worden war. Die Brücken über den Dnjepr seien gesperrt, so das die Helfer der Stiftung Probleme hätten, von ihrer Wohnung zur Armenküche zu gelangen.

In Beregovo gebe es sehr viele Flüchtlinge. „Problematisch für uns ist, dass auch ehrenamtliche Helfer selbst flüchten“, sagt von Hoensbroech. In Lviv (Lemberg) sei die Lage noch vergleichsweise ruhig.

Beim Transport gibt es ein Problem: „Hinein in die Ukraine kommt man relativ schnell, aber raus nur schwer, weil die Straßen voll mit Flüchtlingen sind“, sagt von Hoensbroech.

„Im Moment bringen wir palettenweise Waren an die Grenze: Generatoren, Wassertanks, Decken, Schlafsäcke, Windeln und anderes“, sagt er. Auch um haltbare Lebensmittel werde man

Spendenkonto

Csilla von Boeselager Stiftung Osteuropahilfe

Sparkasse Arnsberg-Sundern

Stichwort: LESERSPENDE

Swiftcode/BIC: WELA-DE33

IBAN: DE41 4665 0005 0000 0333 32

Bitte um Solidarität



Die Brüder Vitali und Wladimir Klitschko rufen Deutschland und die Welt eindringlich dazu auf, die Ukraine zu unterstützen. „Bleiben Sie bitte mit uns“, sagte Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko am Freitag im ARD-„Morgenmagazin“. „Wir kämpfen auch für deutsche Werte.“ Grund für den Krieg sei, „dass wir ein Teil der europäischen Familie sein wollen, und das passt nicht in Putins Vision“, sagte Vitali Klitschko weiter.

FOTO AFP



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) steht beim Besuch beim Einsatzführungskommando der Bundeswehr im Wald der Erinnerung am Gedenkstein aus Mazar-i-Sharif. Es ist der erste Besuch des Kanzlers bei der Bundeswehr.

FOTO DPA

„Es nicht vergessen“

POTSDAM. Der Bundeskanzler besucht das Einsatzführungskommando der Bundeswehr und gedenkt der Todesopfer in Auslandseinsätzen. Er versichert, dass sich Deutschland nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen werde.

Von Kristina Dunz

Olaf Scholz geht schweigend durch diesen „Wald der Erinnerung“. Es sind keine Bäume, die ihn innehalten lassen. Es sind die Steinsäulen, die diesen Weg in der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Schwielowsee bei Potsdam säumen. Die Gedenkstätte erinnert hier am Sitz des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr an die in Auslandseinsätzen ums Leben gekommenen Bundeswehrangehörigen: 115 Menschen, davon 37 im Kampf gefallen.

Nur wenige Flugstunden entfernt sterben gerade Soldaten und Zivilisten in dem von Kremelchef Wladimir Putin befohlenen Krieg gegen die Ukraine. Der Bundeskanzler lässt sich in der Kaserne vom Befehlshaber

des Kommandos, Generalleutnant Bernd Schütt, einen Überblick über die aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr geben. Deutsche Soldatinnen und Soldaten sind im Kosovo, in Jordanien, im Irak, in Mali, am Horn von Afrika, in der Westsahara und noch einigen weiteren gefährlichen Einsätzen. Dass ausgerechnet einmal Missionen bei Nato-Partnern wie Rumänien und dem Baltikum gefährlich erscheinen, hat noch bis vor Kurzem kaum einer für möglich gehalten.

Jetzt ist das beherrschende Thema der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine. Scholz hat vor wenigen Stunden, in der Nacht zum Freitag, mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj telefoniert. Durch Kampfhandlungen mit russischen Soldaten na-

he dem größten Atomkraftwerk Saporischschja in der Ukraine ist auf dem Gelände ein Feuer ausgebrochen.

Scholz berichtet, es sei nur ein Verwaltungsgebäude betroffen. Radioaktive Strahlung sei nicht ausgetreten. Er sagt jedoch sichtlich besorgt: „Es zeigt aber, wie gefährlich die Situation ist. Kriege führen immer dazu, dass Zerstörungen angerichtet werden, wo sie vielleicht auch keine der Kriegsparteien wirklich vorhat, aber die trotzdem ihre schrecklichen Auswirkungen haben können.“

Europa muss aufwachen

Selenskyj spricht in einer bei Telegram veröffentlichten Videobotschaft von einem gezielten Beschuss des Atomkraftwerks durch russische Panzer. Europa müsse jetzt aufwachen. Er erinnert an die Atomkatastrophe in Tschernobyl 1986.

Es ist der erste Truppenbesuch von Scholz seit seiner Amtsübernahme im Dezember. Der Besuch des Sozialdemokraten, der selbst den Wehrdienst verweigert hat, war lange vor Kriegsbeginn geplant. Scholz schließt

auch hier in Schwielowsee aus, dass die Bundeswehr sich am Krieg in der Ukraine beteiligen werde. „Wir sind nicht Teil der militärischen Auseinandersetzung, die dort stattfindet, und werden es auch nicht werden.“ Das gelte für alle Nato-Staaten. Seit Tagen sendet er diese Botschaft.

Deutschland liefert der Ukraine allerdings Waffen. Es ist unklar, ob Putin Staaten, die der Ukraine auf diese Weise helfen, als Aggressoren sieht, auch wenn sie selbst nicht auf ukrainischem Boden militärisch eingreifen.

Scholz betont, die Bundesregierung werde alles für einen Waffenstillstand tun. Das geht dann nur durch Diplomatie, wofür Russland derzeit nicht erreichbar erscheint. Scholz mahnt: „Die Bilder, die wir jetzt schon sehen von den Zerstörungen sind schrecklich genug, und da brauchen wir nicht noch viele weitere dazu.“

Im „Wald der Erinnerung“ steht ein riesiger Felsblock. Er gedenkt der Gefallenen in Afghanistan. Auf dem Stein steht: „Lest we forget“. Damit wir es nicht vergessen.

Nato weist Hilferufe zurück

Flugverbotszone über Ukraine abgelehnt

Brüssel. Die Nato wird dem ukrainischen Wunsch nach Durchsetzung einer Flugverbotszone über der Ukraine nicht nachkommen. Das Thema sei angesprochen worden, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg am Freitag nach Beratungen der Außenminister der Mitgliedstaaten in Brüssel. Die Alliierten seien sich aber einig, dass Nato-Flugzeuge nicht im ukrainischen Luftraum operieren sollten.

„Wir haben als Nato-Verbündete die Verantwortung, eine Eskalation dieses Krieges über die Ukraine hinaus zu verhindern, denn das wäre noch gefährlicher, verheerender und würde noch mehr menschliches Leid verursachen“, sagte Stoltenberg. Für die Durchsetzung einer Flugverbotszone müssten Nato-Kampfflugzeuge in den ukrainischen Luftraum fliegen und russische Flugzeuge abschießen.

Man sei überzeugt, dass ein solcher Schritt zu einem großen Krieg führen könnte. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte die Nato-Staaten zuvor eindringlich aufgefordert zu verhindern, dass Russland weiter Luftangriffe auf sein Land starten kann. dpa

Man sei überzeugt, dass ein solcher Schritt zu einem großen Krieg führen könnte. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte die Nato-Staaten zuvor eindringlich aufgefordert zu verhindern, dass Russland weiter Luftangriffe auf sein Land starten kann. dpa

SPD streicht Schröder aus Ehrengalerie

Berlin. Die SPD hat Ex-Kanzler Gerhard Schröder von einer Liste großer Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen genommen. Auf ihrer Internetseite hatte die SPD 34 bedeutende Persönlichkeiten ihrer Geschichte aufgelistet, nun sind es nur noch 33. Veranlasst habe dies die Parteispitze, da Schröders Nennung nicht in die Situation passe. Aus dem SPD-Shop wurden auch Schrödertassen aus dem Regal genommen. dpa

Hohe Strafen für „Fake News“

Moskau. Russland will die Verbreitung angeblicher Falschinformationen über die russischen Streitkräfte mit drastischen Strafen belegen. Das Parlament stimmte für eine entsprechende Gesetzesänderung. Es drohen hohe Geldstrafen und bis zu 15 Jahre Haft. Medien in Russland ist seit vergangener Woche verboten, in der Berichterstattung Begriffe wie „Angriff“, „Invasion“ und „Kriegserklärung“ zu verwenden. dpa

Moskau verbietet Demonstrationen

Moskau. Die Behörden in Russlands Hauptstadt Moskau haben Anträge auf Demonstrationen von Gegnern des Angriffs auf die Ukraine sowie von Unterstützern der eigenen Streitkräfte verboten. Die Stadt begründete das Verbot mit der epidemiologischen Lage in Russland. Die Behörden machten keine Angaben dazu, von wem und zu welchem Anlass die Kundgebungen beantragt worden waren. dpa

„Wir brauchen weder Öl noch Kaviar“

US-Republikaner wie auch Demokraten fordern den Einfuhrstopp von russischen Energieträgern. Präsident Joe Biden fürchtet einen Anstieg der Benzinpreise.

Von Karl Doemens

Washington. Für seine jüngste Ausarbeitung hat James Taylor, Direktor der rechtslibertären US-Denkfabrik Heartland Institute, nur ein bisschen geogogelt und seinen Taschenrechner angeschaltet. Umso eindrucksvoller ist das Ergebnis: „Biden schickt jeden Tag 74 Millionen Dollar nach Russland. Davon kann Moskau täglich 20 Kampfpanzer des Typs T-14 kaufen.“ Taylor hat einfach die durchschnittlichen täglichen amerikanischen Öl-Importe aus Russland 2021 mit dem aktuellen Preis des Rohstoffs multipliziert. Die Rechnung hat methodische Mängel, und die daraus abgeleitete Polemik gegen den Umstieg auf erneuerbaren Energien ist durchsichtig. Doch im Kern trifft er einen Punkt, der immer mehr Politiker beider Parteien in Washington umtreibt: Mit jedem



Eine Allianz um die republikanischen Senatoren James Lankford (v.l.), James Risch und Ted Cruz unterstützt die Forderungen für ein Öl-Embargo.

FOTO DPA

Kriegstag in der Ukraine wächst die Kritik daran, dass die Biden-Regierung den Energiesektor von Russland-Sanktionen ausgenommen hat.

„Die Öl-Importe aus Russland sind eine Gefahr für die nationale Sicherheit und helfen Putin, an der Macht zu bleiben“, kritisieren die moderate Republikanerin Lisa Murkowski und der

rechte Demokrat Joe Manchin, die die Öl- und Kohlestaaten Alaska und West Virginia im Senat vertreten, in einem gemeinsamen Papier. „Jetzt ist der Moment, parteiübergreifend zu sagen: Wir brauchen weder euer Öl noch euren Kaviar“, fordert der linke Senator Ed Markey, ein grüner Vorkämpfer gegen den Klimawandel.

Noch hält die Biden-Regierung aus Furcht vor weiter steigenden Benzinpreisen dagegen. Dabei wären die wirtschaftlichen Folgen für die USA überschaubar: Die Importe von Öl und raffinierten Produkten aus Russland machen nur etwa acht Prozent aller US-Öl-Einfuhren aus.

Gas aus Russland beziehen die USA gar nicht. Wesentlich dramatischer ist die Lage in Europa und in Deutschland, das rund 40 Prozent seines Öls und 55 Prozent des Gases in Russland einkauft.

„Ich bin absolut dafür“, fiel Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, am Donnerstag überraschend ihrem Parteifreund Joe Biden in den Rücken: „Verbietet alle russischen Öl-Importe!“ Der republikanische Senator Lindsey Graham erwiderte: „Was soll ich sagen? Sie hat recht.“